

Infolge des terroristischen Vorgehens der Militaristen wurde in weiten Kreisen der westdeutschen Bevölkerung die außerordentliche Gefahr sichtbar, daß die Scharfmacher der atomaren Aufrüstung ihre Aggressionspolitik nach außen mit Hilfe der Notstandsdictatur im Innern mit der Beseitigung der im Grundgesetz verankerten demokratischen Rechte durchführen wollen. Diese Gefahr ist riesengroß. Die Todfeinde der Freiheit und des Friedens der Nation sind zwar geschwächt, aber noch immer gefährlich und stark. Damit spitzt sich jetzt die Entscheidung zu. Die Arbeiterklasse, das Volk muß die Pläne der Notstandsdictatur und der Revanchepolitik durchkreuzen, die verfassungsmäßigen demokratischen Freiheiten schützen, eine Politik der friedlichen Koexistenz, der Verhandlungen und Verständigung durchsetzen.

Diese nationale Notwendigkeit bestimmt die Politik der KPD. Wir Kommunisten haben das Grundgesetz der Bundesrepublik als die Urkunde der Spaltung Deutschlands abgelehnt. Aber wir erklärten auch gleichzeitig, daß wir die im Grundgesetz proklamierten demokratischen Rechte gegen die Urheber dieses Grundgesetzes schützen werden. Heute steht unsere Partei an der Spitze des Kampfes um den Schutz der verfassungsmäßigen demokratischen Rechte des Volkes. (Beifall.)

Die KPD richtet ihre gesamte Tätigkeit darauf, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, vor allem die Zusammenarbeit der Kommunisten und Sozialdemokraten, der kommunistischen und sozialdemokratischen Parteiorganisationen herzustellen. Wenn in der Vergangenheit das gemeinsame Handeln von Kommunisten, Sozialdemokraten, christlichen und parteilosen Werktätigen im Kampf um ihre sozialen Interessen, im Streik der Saarbergarbeiter, in den Lohnbewegungen von 9 Millionen Arbeitern und Angestellten im Jahre 1962 möglich und erfolgreich war, dann ist das ebenso in der Abwehr der Notstandsgesetze, im Kampf um den Schutz der demokratischen Rechte und für die Rettung des Friedens notwendig und möglich.

Mit den Beschlüssen des 6. DGB-Kongresses hat sich die Arbeiterklasse selbst eine Grundlage geschaffen für die Herstellung der Aktionseinheit, für die Entwicklung einer selbständigen Arbeiterpolitik im Interesse des Friedens, der Demokratie und der sozialen Sicherheit. Die Haltung der Mehrheit der sozialdemokratischen Delegierten auf dem 6. DGB-Kongress und der bis in die Spitze der SPD reichende Widerstand gegen die Politik der Gemeinsamkeit und gegen die Koalitionsverhandlungen der Wehner-Brandt-Gruppe mit Adenauer zeigt: Die Scheidelinie in der SPD verläuft